

2011

Master in European Studies Newsletter Juli 2011



Studentischer Newsletter des Master in
European Studies

mes_students@europa-uni.de

Liebe MES'ler,

zum Abschluss des Semesters möchten wir darauf zurückblicken, was in den vergangenen Monaten rund um den MES los war!

Viele von Euch haben an den Veranstaltungen teilgenommen und freuen sich vielleicht über die Erinnerung in Text und Bild. Die übrigen wollen wir so über die vielfältigen Aktivitäten auf dem Laufenden halten und Lust auf solche und ähnliche Veranstaltungen im nächsten Semester machen.

Als kleiner Vorgeschmack dient der Ausblick auf das kommende Wintersemester, der darüber informiert, welche Veranstaltungen und Events nach den wohlverdienten Sommerferien auf Euch warten.

Wir hoffen, Ihr hattet ein erfolgreiches, interessantes und schönes Semester und freuen uns, Euch im Winter wiederzusehen.

In dieser Ausgabe findet Ihr:

1. Hinweise Sommersemester 2011
2. Ausblick auf das Wintersemester 11/12
3. Deutschland-Konferenz zur Mitarbeiterbeteiligung
4. Einen Bericht über eine Exkursion nach Warschau
5. Eindrücke zum MES-Grillen in der Sophienstraße
6. Roundtable: "Turkey in the EU?"
7. Vortrag und Diskussion zur polnischen EU-Ratspräsidentschaft

*Wir wünschen Euch viel Spaß
beim Lesen und einen erholsamen
Sommer!*

Euer MES-Koordinationsbüro!



Hinweise: Sommersemester 2011 und Semesterferien:

- Unser **Semester-Abschluss-Stammtisch** findet am 12.07. ab 18 Uhr im Görlitzer Park in Berlin statt. Gegenüber des Cafés Edelweiß auf der Wiese treffen wir uns zum gemeinsamen Grillen! Wenn jeder etwas mitbringt (Fleisch, Salat, Brot, Bier...) haben wir alle am Ende eine leckere Auswahl! Auf [facebook](#) findet ihr die Einladung auch noch einmal.
- Europe - Make it or Break it! Unter diesem Titel findet vom **08.-11. September die 2. Green Summer University** in Frankfurt/Oder und Słubice statt. Anmeldungen sind noch bis zum 31. Juli möglich. Mehr Infos: <http://www.green-summer-university.eu/index.php?id=40>
- Vom **12.-23. September 2011** findet an der Viadrina eine **Summerschool** zum Thema „**The European System of Human Rights Protection**“ statt. MES'ler sind von der Teilnahmegebühr befreit, es fallen lediglich Verpflegungskosten in Höhe von 100€ an. Es können **ECTS** für den ZB, die WPMs oder die PFs erworben werden, die genaue Verteilung kann dem KVV entnommen werden. Weitere Infos gibt es hier: <http://www.rewi.europa-uni.de/de/profil/Projekte/summercourse/index.html>

Ausblick auf das Wintersemester 2011/12

Vorlesungsbeginn zum WS 11/12 ist am Montag, 17. Oktober 2011. Am selben Tag wird um 15 Uhr das 20. Akademische Jahr feierlich eröffnet.

Am Mittwoch, 12. Oktober findet von 18-20h in GD102 die **Einführung und Begrüßung der neuen MES-Erstis** statt. Wie immer wollen wir uns bei dieser Gelegenheit gegenseitig kennenlernen. In bewährter Tradition treffen wir uns deshalb im Anschluss an die Einführungsveranstaltung in der Bar „1b“. „Alte MES-Hasen“ sind natürlich jederzeit willkommen.

Der **Beirat organisiert wieder den MES-Brückenkurs** für alle neuen MES'ler. Der Brückenkurs gibt euch eine Einführung in die Studieninhalte der Zentralbereiche - hier könnt ihr außerdem all eure Fragen zum Studium, dem (studentischen) Leben in Frankfurt usw. loswerden! Der Brückenkurs wird von Studierenden für Studierende organisiert und ihr könnt in diesen Tagen schon einige eurer Kommilitonen kennenlernen. Wenn ihr dabei sein wollt, dann meldet euch unter:

mes_beirat@europa-uni.de an!

Europa studieren, Italienisch essen und sich in Polen begegnen – Europastudien live gibt es bei unserem **ersten Stammtisch im neuen Semester**. Wir treffen uns am 26. Oktober um 19 Uhr in Słubice in der Pizzeria Europa.

Im nächsten Semester ist **Alan Duben**, Professor am Department für Soziologie der Bilgi Universität in Istanbul, für einen Monat zu Gast an der Viadrina. Unter anderem wird er ein Blockseminar zum Thema „Istanbul in Anthropological Perspective“ anbieten. Mehr Infos zu Seminar und Anmeldung gibt es bald auf unserer Homepage.

Wer Lust hat mal wieder das Tanzbein zu schwingen: Am Samstag, 05. November ab 20.00 Uhr lädt die Viadrina zum **XVII. Universitätsball „Gaudeamus Igitur“** ins Kleist Forum. Der Ansturm ist erfahrungsgemäß groß, also rechtzeitig um Karten kümmern.

Deutschland-Konferenz zur Mitarbeiterbeteiligung, 30./31. Mai 2011
Frankfurt/Oder

„Ein Stück vom Kuchen für Mitarbeiter“



Förderung der Mitarbeiterbeteiligung durch die EU Kommission

Vom „besten deutschen Modell zur finanziellen Mitarbeiterbeteiligung“ sprach Günter Verheugen, ehemals EU-Industriekommissar und Vizepräsident der Kommission, im Rahmen einer Konferenz in Frankfurt/Oder. Unter der Leitidee "Ein Stück vom Kuchen" wurde an der Europa-Universität Viadrina ein neues Konzept zur finanziellen Mitarbeiterbeteiligung (MAB) in deutschen Klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) von Experten aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung diskutiert.

Eine Förderung der Mitarbeiterbeteiligung durch die Europäische Kommission sowie die gründliche Prüfung möglicher Hindernisse sei notwendig, so Schirmherr Verheugen. Nach Alexander Graf von Schwerin, Berichterstatter zur MAB beim Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) sei „zwingend eine europäische Rahmengesetzgebung nötig“.

Neu in Deutschland: das ESOP-Konzept

Grundlage des neuen deutschen Beteiligungskonzepts ist das in den USA und einer Reihe europäischer Länder seit über 50 Jahren bewährten ESOP-Modell. Kernidee ist die Finanzierung einer Arbeitnehmerkapitalbeteiligung durch eine zusätzlich zum Lohn gewährte (nicht ausbezahlte) Gewinnbeteiligung. Dies erfolgt unter Verwendung einer Zwischengesellschaft, wobei grundsätzlich das Gehalt der Arbeitnehmer unangetastet bleibt, eine zusätzliche Eigenbeteiligung aber natürlich möglich ist.

Das von den Viadrina-Professoren Jens Lowitzsch und Stephan Kudert vorgestellte Konzept ist in Deutschland nach geltendem Recht, d.h. ohne die Notwendigkeit neuer gesetzlicher Regelungen umsetzbar. In der am 21. Oktober 2010 verabschiedeten Initiativstellungnahme SOC 371 formuliert der EWSA diesen Modellansatz als EU-Zukunftstrend. Auf der vom 17.-19. Oktober 2011 im EWSA in Brüssel stattfindenden Europäischen Woche der Finanziellen Partizipation werden konkrete Vorschläge zur Förderung des Konzeptes auf EU-Ebene unterbreitet.

Lösung des drängenden Nachfolgeproblems im Mittelstand

Prämissen dieses MAB-Modells sind zum einen das Nachfolgeproblem in KMU und zum anderen die Einsicht, dass MAB immer auch Wirtschafts- und Industriepolitik darstellt. Im deutschen Mittelstand suchen rund 70.000 KMU pro Jahr einen Nachfolger, in den EU-27 sind es 650.000; die Schlüsselfrage ist hier, wem die europäische KMU in der Zukunft gehören werden. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass ESOP-Konzepte in EU-Ländern (Großbritannien, Irland, Frankreich) seit langem erfolgreich erprobt sind; in den USA ist dieses Modell best practice (2009: 11.500 ESOPs, 10 Mio. beteiligte Arbeitnehmer).

Wollen in einem typischen mittelständischen deutschen Unternehmen nunmehr ein oder mehrere Gesellschafter aus dem Unternehmen ausscheiden, steht nicht zwingend allein die Gewinnmaximierung im Vordergrund, aber auch Fortbestand des Unternehmens und Sicherung der Arbeitsplätze, die Neuordnung der Beteiligungsstruktur sowie ein steuerschonender Übergang für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Nur wenn nicht allein Mitarbeiterbeteiligung im Fokus steht, sondern ebenso die Interessen der scheidenden Eigentümer, entsteht eine Situation beiderseitigen Vorteils und so der Akzeptanz des ESOP-Modells durch alle Akteure.

Unterschiede ESOP-Konzept versus konventionelle Kapitalbeteiligung

- bisher: Beteiligung aus Ersparnissen + Lohnumwandlung finanziert
 - Langsam und über großen Zeitraum
 - Insgesamt geringes Beteiligungsvolumen
- jetzt mit ESOP: Möglichkeit der zusätzlichen / ausschließlichen Kreditfinanzierung
 - Schnelle Erlangung strategischer Beteiligung (Bsp. Voestalpine 13,5%)
 - Als Nachfolgemodell mittelfristig Beteiligungen von >50% problemlos

Alleinstellungsmerkmale des deutschen ESOP-Modells

- Alternative zum Verkauf an Dritte / Übergabe des Unternehmens ohne sofortigen Kontrollverlust
- Direkte Beteiligung = Bindung an Arbeitgeber-Unternehmen
- Nachgelagerte Besteuerung der Arbeitnehmerkapitalbeteiligung
- Kein doppeltes AN-Risiko, da „on top“, d. h. zusätzlich zum Lohn

Zeithorizont Buyout: ohne Arbeitnehmereigenleistung 15-20 Jahre; mit Arbeitnehmereigenleistung 7-10 Jahre.

Dabei ist die Besteuerung nachgelagert und sowohl für Arbeitnehmer als auch für den scheidenden Unternehmer niedrig.

Die Konferenz war eine von insgesamt neun nationalen Konferenzen, die im Rahmen eines von der Europäischen Kommission geförderten Projektes in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten stattfinden, organisiert von den jeweiligen nationalen Projektpartnern. Unter dem Motto „A Piece of the Action“ finden diese mit der „Woche der Finanziellen Partizipation“ im EWSA in Brüssel vom 17. bis 19. Oktober 2011 ihren Abschluss. Die Brüssel-Konferenz beinhaltet sechs Sessions; eine von ihnen (Session 4: A Piece of the Action – Employee Financial Participation and Young EU Citizens, 18. Oktober, 14 bis 18 Uhr) wird von Studenten des Viadrina-Seminars „Social Europe and Employee Participation“ organisiert und gestaltet.

Das Pro-EFP-Projekt selbst wird von einem europäischen Konsortium aus 27 Organisationen implementiert, wobei das Zentrum für deutsches, kroatisches, europäisches Recht und Rechtsvergleichung (Interuniversitäres Zentrum) am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin federführend ist.

Antrittsvorlesung von Prof. Dr. Jens Lowitzsch am 31. Mai 2011 Frankfurt/Oder



Im Anschluss an die Deutschland-Konferenz zur Mitarbeiterbeteiligung fand die Antrittsvorlesung von Prof. Dr. iur. Jens Lowitzsch statt. Herr Lowitzsch referierte über Eigentum als Systemfrage zum Thema: „A power over a man's support is a power over his will“ – An essay on property in response to Tony Judt. Das Zitat stammt von Alexander Hamilton, der sich in den Federalist papers 1788 im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Verfassung der Vereinigten Staaten zur Unabhängigkeit von

Staatsbediensteten im Hinblick auf die Gewaltenteilung äußerte. Hamilton zufolge war gerade die wirtschaftliche (a man's support) Unabhängigkeit Garant einer freien demokratischen Willensbildung. Auch heute steht die Beantwortung der Frage, wieviel Kapitalkonzentration und ungleiche Vermögensverteilung eine demokratische Gesellschaft vertragen solle und kann, aus. Die These jedoch, dass Demokratie eine breite Streuung von Eigentum erfordert, ist allgemein anerkannt.

Der Vortrag knüpfte an einen Briefwechsel mit dem britischen Historiker Tony Judt vom Frühjahr 2010 an, der Eigentum und seine Bedeutung für die Gesellschaft zum Inhalt hatte und in welchem Judt insbesondere die enge Verbindung von Eigentum und politischer Stabilität in einer Demokratie hervorhob. Herr Lowitzsch sprach zu den Funktionen von Eigentum, dem daraus resultierenden Kräftefeld zwischen Freiheit, Gleichheit und

Integration und kategorisierte die Eigentumsformen (Privateigentum – öffentliches Eigentum – gemeinschaftliches, inkorporiertes Eigentum), um die Frage aufzuwerfen, ob ein Idealverhältnis dieser Eigentumsformen existiert. In diesem Zusammenhang setzte er sich mit der Forschung des Investmentbankers und Juristen Louis O. Kelso, des Ökonomen Karl Marx als auch seines Doktorvaters Herwig Roggemann auseinander und ging auf die Debatte um den Aufsatz "Revolution der gebenden Hand" des deutschen Philosophen Peter Sloterdijk ein. Sloterdijk beklagt unter Verweis auf die Hälfte der Bürger unserer Gesellschaften als „Bezieher von Null-Einkommen oder niedrigen Einkünften, die von Abgaben befreit sind und deren Subsistenz weitgehend von den Leistungen der steueraktiven Hälfte abhängt“ die Ausbeutung der Produktiven durch die Unproduktiven.

Dabei – so Prof. Lowitzsch – verkennt er, dass die Produktivität menschlicher Arbeitskraft sich seit der Steinzeit nicht verändert hat, während die des Produktivkapitals kontinuierlich steigt. Letzteres „arbeitet“ zwar nicht, hat aber in Form von Maschinen, Grundstücken, Ressourcen einen stetig steigenden Anteil an den Produktionsprozessen. Im Ergebnis kommt den Eigentümern des Produktivkapitals daher auch ein immer größer werdender Anteil des Einkommens zu, während die Eigentümer der Arbeitskraft einen proportional immer geringeren Teil des Ergebnisses erhalten. Anstatt dieses Ergebnis durch massive Umverteilung über das Steuersystem zu korrigieren, müsse der Bürger in die Lage versetzt werden, sein Existenz selbst zu erhalten und sich somit von öffentlicher Wohlfahrt unabhängig zu machen.

In unserer auf Privateigentum basierenden freien Marktwirtschaft erfasse die staatliche Garantie der Chancengleichheit die Rechte des Bürgers auch als Wirtschaftsbürger. Daher müsse auch die Garantie wirtschaftlicher Chancengleichheit durch die Förderung der Vermögensbildung und in diesem Zusammenhang des Zugangs zu Kredit zur Ermöglichung des Erwerbs von Produktivvermögen ein Grundstein demokratischer Rechtsstaatlichkeit sein.

Gastvortrag von Patricia Kelso, Präsidentin des Kelso Institute for the Study of Economic Systems, San Francisco CA am 1. Juni 2011 Frankfurt/Oder

Frau Patricia Kelso, die Stifterin der Kelso-Proessur an der Europa-Universität Viadrina (Prof. Dr. Lowitzsch) hielt sich vom 27. Mai bis zum 9. Juni 2011 in Berlin und Frankfurt/Oder auf. Sie hatte ein Treffen mit Präsident Gunter Pleuger und nahm an der Deutschland-Konferenz zur Mitarbeiterbeteiligung teil. Am 1. Juni 2011 war sie zu Gast im Seminar von Prof. Lowitzsch



"Social Europe and Employee Participation". Ebenfalls anwesend war Klaus Hermann, Geschäftsführer von IMAC Resources, ehemals Leiter der Abteilung Kapitalprivatisierung im

polnischen Privatisierungsministerium. Nach einer kurzen Einführung zur Finanzkrise wurde der Dokumentarfilm von Charles Ferguson "Inside Job" gezeigt, dem sich eine lebhafte Diskussion anschloss.

Patricia Kelso ist gemeinsam mit ihrem verstorbenen Ehemann Louis O. Kelso Autor des Buches "Democracy and Economic Power" und hat gemeinsam mit ihm im Verlauf von 50 Jahren Pionierarbeit geleistet und Employee Stock Ownership Plans (ESOPs) in den Vereinigten Staaten eingeführt. Heute existieren ungefähr 11.500 ESOPs in den USA, an denen mehr als 10 Millionen Arbeitnehmer (10% der Beschäftigten im Privatsektor) beteiligt sind. Der Umfang des Produktivkapitals, welches von US-amerikanischen ESOPs gehalten wird, wurde Ende des Jahres 2007 auf 901 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Stefan Hanisch

Weitere Aktivitäten und Verweise

Blog "A Piece of the Cake": <http://apieceofthecake.wordpress.com/>

Image Trailer of the Blog "A Piece of the Cake":

<http://www.youtube.com/watch?v=cQThpn184xM>

Facebook: <http://www.facebook.com/pages/Proefp/145120925560972>

Twitter: <http://twitter.com/#!/ProEFP>

Webseite des Pro-EFP-Projekts: <http://www.proefp.org>

Web-Plattform des Interuniversitären Zentrums und seiner Partner:

<http://www.intercentar.de>

Webseite des Kelso-Instituts, San Francisco CA: <http://www.kelsoinstitute.org>

Viadrina goes Warschau



Vom 8. bis 10. Juni 2011 fand bereits zum sechsten Mal eine Exkursion nach Warschau zu den wichtigsten politischen Institutionen Polens statt. Während dieser drei Tage hatten 14 Studierende der EUV, darunter 5 MES-Studierende, die Möglichkeit einen Einblick in den politischen Arbeitsalltag der bedeutendsten exekutiven, legislativen und judikativen Organe der Republik Polen zu erlangen.

Die diesjährige Exkursion wurde im Rahmen des sozialwissenschaftlichen Einführungsseminars „Demokratie und Parlamentarismus im deutsch polnischen Vergleich“ von Artur Kopka angeboten, der diese Bildungsreise nach Warschau bereits seit 2006 organisiert und durchführt. Für die Seminarteilnehmer ergab sich somit die Möglichkeit die während der Lehrveranstaltung theoretisch erworbenen Kenntnisse praxisorientiert anzuwenden und zu vertiefen.

Am Anreisetag besuchte die Gruppe zunächst das Verfassungstribunal der Republik Polen und konnte mit Dr. Adam Jankiewicz, dem Direktor der Präsidialbüros, ins Gespräch kommen. Herr Jankiewicz erläuterte den Studierenden die Entstehung und durchaus wichtige Rolle des Verfassungstribunals bei dem Aufbau der anfänglich noch fragilen Demokratie in Polen nach 1989 in der Zeit des Verfassungsprovisorismus bis 1997. Nach der Diskussion mit dem Direktor des Präsidialbüros hatten die Exkursionsteilnehmer noch die Möglichkeit, das Gebäude des Verfassungstribunals zu besichtigen sowie für einen kurzen Moment auf den Sitzen der polnischen Verfassungsrichter Platz zu nehmen. Das anschließende gemeinsame Abendessen bot den Studierenden die Möglichkeit die Erlebnisse dieses ersten Exkursionstages zu diskutieren und sich gemeinsam auf die in den nächsten zwei Tagen folgenden Programmpunkte vorzubereiten.

Der zweite Exkursionstag begann am Donnerstag bereits um 9 Uhr mit dem Besuch im polnischen Sejm. Zunächst konnte die Gruppe sämtliche Räumlichkeiten des Sejms inklusive des Plenarsaals sowie des Senatssaals besichtigen und sich über die Geschichte und Bedeutung dieses Gebäudes informieren. Die Beobachtung der Plenarsitzung sollte jedoch erst am nächsten Tag besonders spannend werden, da an diesem Donnerstagsvormittag nur Aussprachen auf der Tagesordnung des Sejms standen und daher leider nur sehr wenige Sejmabgeordnete im Plenarsaal anwesend waren. Anschließend traf sich die Gruppe zum ersten Abgeordnetengespräch mit dem stellvertretenden Sejmarschall Jerzy Wenderlich von der SLD. Herr Wenderlich lud die Studierenden in sein Büro ein, wo er mit ihnen über aktuell wichtige Themen der polnischen Politik sprach. Thematisiert wurden u.a. die anstehenden Parlamentswahlen und die damit verbundenen Koalitionsbestrebungen des Bundes der demokratischen Linken (SLD) sowie aktuelle Entwicklungen in der polnischen Energiepolitik hinsichtlich der geplanten Errichtung eines ersten polnischen Atomkraftwerkes. Nach diesem Gespräch war die Exkursionsgruppe mit dem Sejmabgeordneten Marek Krzakała von der Regierungspartei Bürgerplattform (PO) verabredet. Als stellvertretender Vorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentsgruppe lag es Herrn Krzakała besonders am Herzen über den Zustand und die zukünftigen Entwicklungen der deutsch-polnischen Beziehungen mit den Studierenden in den Austausch zu treten. Sowohl die Studierenden als auch Herr Krzakała betonten die Wichtigkeit einer vertieften Kooperation zwischen den beiden Ländern und äußerten den Wunsch auf ein weiterhin verstärktes Zusammenarbeiten zwischen den beiden Regierungen.

Am Nachmittag des zweiten Exkursionstages war die Gruppe dann im Präsidentenpalast zu Gast. Während einer Führung durch das Gebäude besichtigten die Studierenden zuerst die hauseigene Kapelle in der bereits Papst Johannes Paul II. und Papst Benedikt XVI. niederknieten. Ebenfalls besuchte die Exkursionsgruppe die Räumlichkeiten in denen der polnische Präsident hochrangige Staatsgäste empfängt sowie den Ballsaal in dem 1988 die wegweisenden Verhandlungen für die weiteren Entwicklungen der polnischen Demokratie am Runden Tisch stattgefunden haben. Zum Abschluss dieses Tages stand noch der Besuch im Museum des Warschauer Aufstandes auf dem Programm. In diesem modernen multimedialen Museum informierte sich die Gruppe über die Hintergründe, den Verlauf und den Ausgang dieses für die gesamtpolnische Geschichte bedeutenden Ereignisses. Zum Ausklang des Abends erkundeten die Studierenden auf eigene Faust die Warschauer Altstadt, genossen den eindrucksvollen Ausblick von der Spitze des Kulturpalastes oder hatten die Möglichkeit der polnischen Nationalmannschaft beim Länderspiel gegen Frankreich zu zujubeln.

Am dritten und letzten Exkursionstag waren die Studierenden noch einmal zu Besuch im polnischen Sejm. Anders als am Vortag wurde die Plenarsitzung aufgrund einer wichtigen Abstimmung über den Neubau der Autobahn A2 an diesem Tag von allen wichtigen Abgeordneten und einzelnen Regierungsmitgliedern besucht, sodass die Exkursionsgruppe einen guten Überblick über die Sitzverteilung und das Abstimmungsverhalten im Parlament gewann und einen Großteil der wichtigsten polnischen Politiker live erleben konnte.

Anschließend war die Exkursionsgruppe nochmals mit Abgeordneten des Sejms zu weiteren Gesprächen verabredet. Zunächst mit Jarosław Zieliński von der größten Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Mit ihm besprach die Gruppe das Oppositionsverhalten der Partei im Parlament, deren Absichten bei einer eventuellen Regierungsübernahme nach den in diesem Jahr anstehenden Parlamentswahlen, außenpolitische Einstellungen der Partei

gegenüber Deutschland, der EU und Russland sowie weitere auch zum Teil kontroverse gesellschaftsrelevante Themen wie Homosexualität, Abtreibung und Minderheitenschutz. Daraufhin diskutierten die Studierenden mit Łukasz Zbonikowski, Mitglied des Generalsvorstandes der Partei PiS, nochmals über die Problematik der Atomenergie sowie über die Möglichkeiten des Ausbaus regenerativer Energien in Polen. Auch wurden die wirtschaftlichen Entwicklungen Polens während der Weltwirtschaftskrise und die perspektivische Euroeinführung des Landes mit Herrn Zbonikowski besprochen. Im Rahmen des letzten Abgeordnetengesprächs mit Herrn Zbigniew Wojciechowski und Herrn Adam Gawęda, beide Sejmabgeordnete der erst kürzlich als Abspaltung von PiS entstandenen Parlamentsfraktion „Polen ist das Wichtigste“ (PJN), wurde u.a. die programmatische Ausrichtung dieser jungen Parlamentsfraktion sowie deren Koalitionsabsichten im Falle eines Einzuges in den Sejm nach den kommenden Parlamentswahlen im Gespräch thematisiert. Zum Abschluss der dreitägigen Exkursion besuchte die Gruppe am Freitagnachmittag die Regierungskanzlei der Republik Polen. Der Mitarbeiter der Regierungskanzlei Paweł Żylicz gab den Studierenden eine äußerst interessante Führung durch das Gebäude, welches normalerweise der Öffentlichkeit schwer zugänglich ist. So konnte jeder Student bei der Besichtigung des Kabinettsaales für einen kurzen Augenblick in die Rolle eines polnischen Ministers schlüpfen oder sogar auf dem Regierungssessel von Donald Tusk Platz nehmen. Auch öffnete Herr Żylicz für die Gruppe die Türen zum Pressekonferenzsaal, zum festlichen Säulensaal sowie allen weiteren Empfangssälen der polnischen Regierung. Zwar blieb die Tür zum Büro des Premierministers leider verschlossen, dennoch konnte jeder Exkursionsteilnehmer den täglichen Arbeitsweg des polnischen Premierministers beschreiten.

Nach diesem überaus interessanten Programm trat die Exkursionsgruppe am Freitagabend wieder die Heimreise nach Frankfurt/Oder an. Während dieser drei Tage in Warschau erhielten alle Studierende einen vertieften und praxisorientierten Einblick in die politische Welt Polens, der ihnen für das bessere Verständnis der politischen Vorgänge in Polen nur hilfreich sein kann.

*Anne Rühle
Exkursionsteilnehmerin*

MES-Grillen

Der Sommer ist da – und mit ihm die Grillsaison!



Aus diesem Grund hat das MES-Koordinationsbüro am Mittwoch, den 15.06. herzlich zum gemeinsamen Grillen im Garten der Sophienstraße in Frankfurt (Oder) eingeladen.

Bei tollem sonnig-warmen Wetter waren neben vielen MES'lern aus allen Semestern auch Austauschstudenten der BILGI Universität Istanbul sowie einige Dozenten anwesend.

Bei leckerem Gegrilltem, Salaten, reichlich Baguettes und Dips, Wassermelone als Nachtisch und einem kühlen Bier, ließ es sich gemütlich über studentisches und nicht-studentisches reden, Pläne für eine nächste MES-Fahrt schmieden, sich gemeinsam auf die anstehende Breslau-Exkursion freuen und die besten Grilltipps und -tricks austauschen.

Ein paar Hartgesottene fanden sich schließlich noch zu einem gemütlichen Absacker in der Havana-Bar zusammen.

Ob nun ein gemeinsames Grillen oder die MES-Stammtische in Frankfurt (Oder) und Berlin: es gibt immer wieder eine gute Gelegenheit neue MES'ler kennenzulernen und bestehende Bekanntschaften zwischen Berlinern und Frankfurtern zu vertiefen.

Es würde uns freuen, wenn ihr auch weiterhin so zahlreich zu solchen Events erscheint!

Und die Gelegenheit dafür bietet sich schon bald: Am **12.07.2011** ab **18 Uhr** treffen wir uns im **Görlitzer Park in Berlin** auf der Wiese vor dem Café Edelweiß, um das Semester bei einer

weiteren Grillrunde zu beenden. Es wäre toll, wenn auch hier wieder jeder etwas mitbringt.



*Lisa Dörr und
Hannah Reckhaus*

Roundtable: Turkey in the EU?

Am 27. Juni fand der Roundtable zum Thema „Turkey in the EU? Cultural and Other Considerations“, organisiert vom Lehrstuhl Politikwissenschaft 1 statt. In diesem Rahmen wurden erste Ergebnisse einer internationalen Forschungsgruppe präsentiert, die sich vorwiegend mit religiösen Aspekten des geplanten Türkei-Beitritts beschäftigt. Zu den Forschern und Diskutanten zählten Prof. Michael Minkenberg und Prof. Hajo Boomgarden von der Universität Amsterdam sowie Prof. Günter Verheugen in seiner Funktion als ehemaliger EU-Kommissar für Erweiterung.

Zu Beginn präsentierte Prof. Minkenberg die Ziele und Projekte der Research-Gruppe „Religion, Euroscepticism and the Media“, finanziert von NORFACE sowie die bisherige Geschichte der Türkei bezogen auf Europa. Dabei lag ein Fokus auf der Rolle der Religion: endet Europa dort, wo das Christentum endet und Orthodoxie und Islam beginnen? Bis Anfang dieses Jahrtausends spielte Religion in der Beitrittsdiskussion nur eine untergeordnete Rolle. Ein Bruch erfolgte erst etwa im Jahr 2005, als unter anderem der Verfassungsvertrag an den bekannten Referenda scheiterte. Eurobarometer-Umfragen ergaben, dass seitdem neben der Religion insbesondere Sicherheitsaspekte sowie Migration zu den entscheidenden Politikfeldern zählen, welche die Meinung der EU-Bürger zum Beitritt beeinflussen.

Prof. Boomgarden stellte anschließend zahlreiche empirische Befunde vor und konzentrierte sich hierbei auf die Perspektiven der Parteien, der Medien und der Öffentlichkeit. Analysen ergaben beispielsweise, dass christdemokratische Parteien, die traditionell erweiterungsfreundlich sind, im Falle der Türkei einer potentiellen Mitgliedschaft eher skeptisch gegenüberstehen, was auf eine wichtige Rolle der Religion schließen lässt. Bei der öffentlichen Meinung hingegen konnte kein Einfluss der individuellen Religionsangehörigkeit festgestellt werden. Allerdings beeinflussen religiöse Toleranz sowie anti-muslimische Ansichten die persönliche Position. Schließlich stellte sich heraus, dass die europäischen Medien besonders über kulturelle Bedrohungen und Sicherheitsgewinne im Rahmen des Türkei-Beitritts berichten. Geopolitische Bedrohungen und Wirtschaft werden nur in geringem Maße thematisiert. Abschließend stellte Prof. Boomgarden einen positiven Einfluss auf die öffentliche Meinung hinsichtlich eines möglichen Türkei-Beitritts fest, wenn über dessen sicherheitspolitische und wirtschaftliche Vorteile informiert wurde.

Zur Abrundung dieser wissenschaftlichen Befunde erzählte Prof. Verheugen von seinen persönlichen Erfahrungen aus seiner Zeit in der Europäischen Kommission. Auch er teilt die Meinung, dass es mit den negativen Referenda in Frankreich und den Niederlanden zu einem Meinungsumschwung kam. Allerdings bezweifelt er, dass die Regierungen der Mitgliedsstaaten den Beitrittsprozess, der auch weiterhin in Gange ist, stoppen werden. Die viel zentralere Frage sei, ob die Türkei der EU noch beitreten möchte. Derzeit hat die Türkei die am schnellsten wachsende Wirtschaft Europas. Prof. Verheugen räumte ein, dass zwar die europäische Identität nicht ohne das Christentum konstituiert werden kann, aber dieses weder das einzige noch das wichtigste Merkmal Europas sei. Daher rührt wohl auch seine Einschätzung, dass die Türkei in absehbarer Zeit der EU beitreten werde.

Lisa Dörr

Vortrag und Diskussion am 28. Juni 2011:

“The Polish Presidency: An ambitious leader in a challenged Union.”

An einem symbolträchtigen Ort wie der Europa-Universität Viadrina, an der Grenze zu Polen und mit der europäischen Idee als Leitbild, sind Diskussionen zu aktuellen politischen Geschehen an der Tagesordnung. So lag es auf der Hand, dass die sechsmonatige Ratspräsidentschaft Polens, welche am 1. Juli 2011 ihre Arbeit aufnimmt, nicht unkommentiert beginnen und verstreichen durfte.

Im Rahmen der öffentlichen Vortragsreihen, welche in jedem Semester politische, kulturelle, wirtschaftliche wie rechtliche Ereignisse begleiten, versammelten sich am Dienstag, den 28. Juni 2011, Interessierte, um kompetenten Einschätzungen aus Politik und Wissenschaft zu folgen. Unter Moderation von Dr. Nicolai von Ondarza, wissenschaftlicher Mitarbeiter der SWP sowie des MES, referierte Dr. Steven van Hecke, Dozent der Universitäten zu Antwerpen und Leuven, zu den belgischen Erfahrungen aus der Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2010, während Dr. Agnieszka Łada, Leiterin des Europaprogramms am Warschauer Institute for Public Affairs, ihre Prognose zur polnischen Präsidentschaft vorstellte.



Nachdem die Anwesenden vom Präsidenten der Viadrina, Dr. Gunter Pleuger, begrüßt und mit großen Erwartungen an eine vielversprechende Präsidentschaft in einem krisengebeutelten europäischen Klima erfüllt worden waren, ergriff zunächst Herr van Hecke das Wort. Dieser hat sich in Folge der veränderten Strukturen durch den Vertrag von Lissabon mit einem Forscherteam zusammengetan, um den Prozess der rotierenden Präsidentschaft zu untersuchen und Kriterien für eine erfolgreiche Erfüllung der Aufgaben zu entwickeln. Nach einem kurzen Rekurs auf den belgischen Sonderfall (starker regionaler Einfluss, permissiver Konsens, interne politische Ausnahmesituation der nur

geschäftsführenden Regierung) verdeutlichte van Hecke, dass die „neue“ Ratspräsidentschaft seiner Meinung nach nicht entmachtet, sondern gestärkt wurde, in dem Sinne „that it is back to basics.“ Die Belgier verfolgten keine belgische Agenda, sondern die EU hätte diese für Belgien vorgegeben. Das Selbstverständnis als Dienstleister im Geiste des Lissabonner Vertrags und der europäischen Werte habe dazu gedient, die Gemeinschaftsmethode zu stärken, die internen EU Strukturen zu konsolidieren und die EU auf eine Welle von vermeintlich euroskeptischeren Ratspräsidentschaften vorzubereiten. Mit Verweis auf die eigene Forschungsarbeit stellte van Hecke eine langfristige Vorbereitung, eine europafreundliche Haltung, aktives Engagement aller Beteiligten (von Beamten über Repräsentanten bis zu Ministern) sowie ein gutes Arbeitsverhältnis mit den europäischen Institutionen als entscheidende Gründe für den Erfolg einer Ratspräsidentschaft heraus. Wer es vermeide, die Ratspräsidentschaft für nationale Interessen zu instrumentalisieren, würde das zweite „EU exam“ (nach dem Beitritt) erfolgreich bestehen.

Mit dem Verweis, dass es ein gesunder Ratschlag sei, die Erwartungen angemessen herunterzuschrauben, übergab Herr von Ondarza das Wort an Frau Łada. Unter dem Titel „Challenges, Expectations, Plans“ verdeutlichte diese in ihrem Vortrag, dass Polen als ‚neues‘ EU-Mitglied besonders hohen Erwartungen zu genügen habe. Nicht nur sei dies Polens erste Präsidentschaft, auch sei es nicht Mitglied der Eurozone und müsse sich zudem zur Halbzeit der eigenen Präsidentschaft noch den nationalen Parlamentswahlen stellen. Als Kernpunkte der polnischen Prioritäten nannte sie den Integrationsprozess als Wachstumsquelle, Europa

als Raum für Ernährungs-, Energie- und Verteidigungssicherheit gepaart mit einem Raum der Freiheit und Offenheit sowie die Unterstützung für demokratische Transformationsprozesse. Łada schilderte, wie sich die polnischen Zielsetzungen in Folge der Umwürfe in Nordafrika anpassten und Schwerpunkte wie die strategische Partnerschaft mit Russland, die östliche Partnerschaft sowie die



GASP aus dem Blickfeld gerieten bzw. ganz verschwanden. Angesichts der minimierten Rolle der Ratspräsidentschaft in Bezug auf die Außenvertretung der EU durch die neu geschaffenen Ämter des Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin deutete sie an, dass es zu Unstimmigkeiten mit dem polnischen Außenminister Sikorski kommen könne. Dieser habe versucht, Ashton ein Abkommen abzurufen, welches ihm die Vertretung in Fragen der Demokratieförderung sowie der östlichen Partnerschaft zusichere. Das Engagement der politischen Eliten Polens in Nordafrika sowie die momentane Uneinigkeit der Mitgliedstaaten in der GSVP könne unter Umständen für die Ratspräsidentschaft instrumentalisiert werden, um deren Einfluss auszubauen. Neben

möglicher Differenzen diesbezüglich könnten sich die Parlamentswahlen als größtes Hindernis für einen polnischen Erfolg herausstellen, da der Wahlkampf droht die Aufmerksamkeit der Entscheidungsträger komplett auf sich zu ziehen.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurden die bereits begangenen „Sünden“ Polens, allen voran die nicht zu verneinenden nationalen Ambitionen, aber auch die sinnvolle Anpassung der polnischen Prioritätenliste an die aktuellen politischen Eindrücke (Libyen, Finanz- und Wirtschaftskrise) angesprochen. Zudem tauchten Fragen zu dem Einfluss informeller gegenüber formeller Kooperationsmöglichkeiten auf, welche in einen Zusammenhang mit den noch ungeklärten Fragen durch das vage gehaltene Lissabonner Vertragswerk gebracht wurden. Weitere Überlegungen regten ein Überdenken der „Evaluationskriterien“ für den Erfolg einer Präsidentschaft an und unterstrichen den Einfluss einer „hidden agenda“, welche im polnischen Fall auf das Bestreben hindeute, dass Polen nicht länger der kleine Bruder der ‚alten‘ Mitgliedstaaten sei, sondern sich mittlerweile auf Augenhöhe mit Staaten wie Frankreich und Deutschland befinde. Pointiert auf den Punkt gebracht wurden die Unterschiede der belgischen und polnischen Sicht durch die Frage, ob die Präsidentschaft überhaupt noch einen Sinn erfülle und nicht längst überflüssig sei. Van Hecke antwortete humorvoll, aber begründet und explizit: Nein, „we should get rid of it as soon as possible!“ Während Łada ähnlich explizit entgegnete: Ja, „definitely!“

Es bleibt folglich einem jedem selbst überlassen, wie die Institution der rotierenden Ratspräsidentschaft zu bewerten ist. In jedem Fall besteht sie zunächst einmal fort und es

heißt, wie Präsident Pleuger einleitend über die polnische Präsidentschaft verkündete: „Let’s cross our fingers that it will be a great success – because this is what we need right now in Europe!“ Auf das wir den von Herrn von Ondarza zitierten, europakritischen Guardian widerlegen können – der europäische Traum ist noch nicht vorüber – blicken wir ab dem ersten Juli interessiert und hoffnungsvoll zu unseren Nachbarn.

Cathleen Berger

Weiterführende Informationen:

Die Publikation des Forscherteams um Dr. van Hecke "*Readjusting the Council Presidency. Belgian Leadership in the EU*" erscheint im Herbst 2011.

Die aktuelle Publikation von Frau Dr. Łada „*The Polish Presidency – pushing the agenda and shaping the Lisbon system*“ ist abrufbar unter:

http://www.epc.eu/documents/uploads/pub_1268_the_polish_presidency.pdf

Das Programm der Polnischen Ratspräsidentschaft ist abrufbar unter:

http://www.pl2011.eu/en/program_and_priorities

Reihenfolge der Präsidentschaften

2010: Spanien und Belgien

2011: Ungarn und Polen

2012: Dänemark und Zypern